

Altersarmut in Hessen

Zusammenfassung der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drs. 20/1757)

Altersarmut betrifft heute und in Zukunft immer mehr Menschen in Deutschland und Hessen. Unsere Große Anfrage „Altersarmut in Hessen“ belegt mit deutlichen Zahlen, aber auch mit den Eingeständnissen seitens der Landesregierung im Rahmen der Beantwortung, dass diese Entwicklung unter dem Vorwand der demografischen Entwicklung mutwillig (mit-) herbeigeführt wurde.

Kennzahlen zur Entwicklung von Altersarmut in Hessen

In den Jahren 2005 bis 2017 ist eine merkliche Zunahme der Armutsgefährdungsquote bei Menschen über 65 Jahren um knapp zwei Prozentpunkte (14,1% → 15,9%) in Hessen feststellbar (gemessen am Landesmedian, Anlage 1). Dabei sind Frauen mit 18% (2017) überdurchschnittlich stark betroffen (Männer: 13,4%). Menschen mit Migrationshintergrund bzw. ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind ebenfalls überproportional betroffen.

Dieser Trend ist auch bei den Zahlen der Beziehenden von Grundsicherung im Alter deutlich spürbar: Bezogen 2010 knapp 36.500 Menschen über 65 Jahren Grundsicherung (Anlage 14) erhöhte sich diese Zahl bis Ende 2018 auf mehr als 50.000 Personen (Anlage 18a) – wobei nach vorsichtigen Schätzungen nicht einmal 50 Prozent der Berechtigten die notwendigen Anträge stellen.

Zugleich korrespondiert diese Entwicklung mit der Zahl der Erwerbstätigen Ü65 und Ü70: So hat sich die Zahl der Über-65jährigen Beschäftigten 2017 in Vergleich zu 2010 in Hessen auf 93.500 fast verdoppelt, wovon mehr als 35.000 Personen 70 Jahre oder älter waren (Anlage 25). Mehr als 40% dieser Personen gehen dabei einer geringfügigen Beschäftigung nach (Anlage 26). Die Meisten hiervon dürften existenziell auf die Weiterführung der Erwerbsarbeit angewiesen. Ein weiteres Drittel des weiter arbeitenden Personenkreises gehört zu den Selbstständigen (Anlage 27), wobei sowohl die Freude an der Unternehmensführung, Probleme in der Unternehmensnachfolge oder auch eine ungenügende Altersvorsorge relevant sein könnten.

Insgesamt dürften unter Berücksichtigung dieser Zahlen und einer vorsichtigen Schätzung über 50% der Erwerbstätigen Ü65 auf das Zuverdienst zur Sicherung ihres Lebensstandards angewiesen sein.

Dabei spielen gesellschaftliche Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Es ist bezeichnend, dass die durchschnittliche Mietbelastungsquote bei den Über-65jährigen mit 30,8% den höchsten Wert aller Altersklassen aufweist (Anlage 30). Auch die Verdopplung der Tafel-Aufsuchenden seit 2010 (vgl. S. 22) dürfte schon aufgrund der demografischen Entwicklung viele Ältere betreffen.

Politische Einordnung

Wie die zuvor aufgeführten Zahlen verdeutlichen, besteht auch in Hessen ein zunehmendes Problem ansteigender Altersarmut. Die hessische Landesregierung skizziert selbst die Ursachen in ihrer Antwort zu Frage 6: „Mögliche Gründe für eine zunehmende Altersarmut können

z.B. unterbrochene Erwerbsbiografien, eine steigende Anzahl alleinerziehender Eltern, die Zunahme der Alleinlebenden ohne familiäre Absicherung, die Ausweitung des Niedriglohnssektors, neue Formen der Selbstständigkeit (Scheinselbstständigkeit), niedrige Ansprüche bei Erwerbsminderungsrenten sowie die aufgrund des demografischen Wandels stattfindende Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus in Verbindung mit dem allmählichen Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre und der nachgelagerten Besteuerung von Renten sein.“ (S. 2)

Wesentliche Ursachen der heutigen und zukünftigen Altersarmut sind also in den politischen Fehlleistungen der Agenda 2010-Politik, insbesondere dem gezielten Aufbau eines Niedriglohnssektors und der Schwächung der gesetzlichen Rente zugunsten der privaten Vorsorge zu suchen:

„Als die etablierten Parteien das Prinzip der Lebensstandardsicherung bei der gesetzlichen Rente aufgaben, Formen der privaten Altersvorsorge in den Mittelpunkt rückten und eine »neue« Arbeitsmarktpolitik praktizierten, wurden die Weichen in Richtung vermehrter Altersarmut gestellt. Lückenhafte Erwerbsverläufe durch Mehrfach- und Langzeiterwerbslosigkeit, Niedriglöhne und erzwungene Teilzeitbeschäftigung mit entsprechend geringen Beitragszahlungen sowie die Kürzungsfaktoren in der gesetzlichen Rentenformel werden in Zukunft noch tiefere Spuren hinterlassen. Die versprochenen Erträge privater Renten dürften für viele Menschen selbst bei stabilen Finanzmärkten kaum ausreichen, um ein Leben im Alter jenseits von Armut führen zu können. Dies wird vor allem die Einkommensschwächeren treffen.“

(Butterwegge/Bosbach/Birkwald (Hgg.): Armut im Alter, Frankfurt a.M. 2012, S.9f)

Leider bleibt Schwarzgrün in seiner Politik von den eigenen Analysen unbeeindruckt, etwa wenn weiterhin das in Hessen entwickelte Modell der „Deutschland-Rente“ (vgl. S. 3), welches eine Verschärfung der Rentenprivatisierung zur Folge hätte, als vermeintliche Lösung vorgetragen wird.

Dieses Prinzip lässt sich auch bezüglich der weiteren Aspekte gesellschaftlicher Teilhabe erkennen. Die Antwort zu unserer Großen Anfrage schildert eindrücklich die Auswirkungen von (Alters-)Armut auf Gesundheit, Lebenserwartung, soziale und politische Teilhabe (S. 12). Allerdings lässt Schwarzgrün kein Konzept erkennen, wie Altersarmut effektiv begegnet werden soll. Damit bleiben ergriffene Maßnahmen, die für sich genommen durchaus positiv sind, am Ende Stückwerk. So kann es nicht gelingen, wesentliche Verbesserungen im Sinne der von Altersarmut Betroffenen herbeizuführen.

Einige konkrete Aussagen sind im Übrigen geradezu zynisch. Etwa wenn die Erhöhung der Wohneigentumsquote Bezieher*innen kleiner und mittlerer Einkommen vor Altersarmut schützen soll (vgl. S. 26). Ähnlich wie bei Riester- oder Deutschland-Rente wird die Vorsorgeverantwortung hier auf das Individuum übertragen, wohlwissend, dass solche Investitionen für genau diejenigen, welche von Altersarmut betroffen sein werden, unmöglich sind.

Fazit

Altersarmut wird ein in Hessen weiter zunehmendes Problem bleiben. Dies geht wesentlich auf zentrale politische Fehlstellungen, insbesondere im Rahmen der Agenda-Politik zurück, wie auch die Landesregierung in ihrer Antwort einräumen muss. Leider bleibt Schwarzgrün, trotz in Teilen guter Ansätze, eine strategische Antwort zur Bekämpfung der (Alters-)Armut in Hessen schuldig und nutzt landespolitische Spielräume nur unzureichend.

LINKE Konzepte im Kampf gegen (Alters-)Armut in Hessen...

- Rahmenkonzept des Landes im Kampf gegen Altersarmut
- Sozialer und gemeinnütziger Wohnungsbau durch Landesgesellschaft
- Mieten deckeln
- Flächendeckender und kostenfreier ÖPNV
- soziale Berufe in Verantwortung von Land und Kommunen angemessen bezahlen
- Landesvergabemindestlohn und Tariftreue
- Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst als Vorbildfunktion umsetzen
- Ausbau öffentlicher Beschäftigung
- Unterstützung für den (Wieder)Einstieg in Ausbildung und Erwerbsarbeit
- Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen deutlich anheben
- Unterstützung von Sorgearbeit ausbauen

...und im Bund¹

Soziale Sicherung wiederherstellen, u.a.

- Wiederanhebung des Rentensicherungsniveaus auf 53%
- Abschaffung der Rente erst ab 67
- Einführung einer solidarischen Mindestrente von 1.200 Euro
- Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung, schrittweise Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- Einführung einer Solidarischen Pflegevollversicherung

Ein neues Normalarbeitsverhältnis für sichere und gute Arbeit, u.a.

- Tarifbindung für alle, Hemmnisse zur Allgemeinverbindlichkeit beseitigen
- Prekäre Beschäftigungsformen zurückdrängen, verteuern, verbieten
- Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 13 Euro
- Die „kurze Vollzeit“ (28-35h/Woche) als neue Normalarbeitszeit etablieren
- Recht auf Bildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen

Eine universelle Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen

Jährlich sollen 120 Milliarden Euro bereitstehen, u.a. für

- 250.000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau pro Jahr
- Ausbau und kostenfreie Nutzung des ÖPNV und SPNV
- eine Energiewende, die soziale und ökologische Fragen gemeinsam löst; durch und mit den Bürger*innen umgesetzt wird

¹ Basierend auf dem Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Januar 2020: „Das LINKE Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft“ (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/das-linke-konzept-fuer-einen-demokratischen-sozialstaat-der-zukunft0/>)